



Energieberaterforum 2006/07 tagte im alten Plenarsaal

Bundestag im Bundestag

Ein Hammelsprung¹⁾ wäre am 21. September für eine Abstimmung über Energieeinsparverordnung und Energieausweise nicht erforderlich gewesen: Im Plenum saßen rund 1000 hochgradig an Energieberatung Interessierte.

Es dürfte die bisher größte Versammlung von Energieberatern und an Energieberatung bzw. am Ausstellen von (bedarfsbasierten) Energieausweisen Interessierten gewesen sein. „Grandios“ – so waren sich die Teilnehmer einig – auch die Kulisse. Zum Energieberaterforum 2006/07 hatten Hottgenroth Software und ETU Software die Branche in den alten Bonner Plenarsaal eingeladen. Ein Bundestag im Bundestag, von dem auch klare Forderungen an das politische Berlin gingen. Die deutlichste: Bringt endlich die Energieeinsparverordnung mit Vorrang für einen bedarfsbasierten Energieausweis auf den Weg.

„Der Energieausweis (DIN V 18 599) und seine Zukunftschancen“ lautete der Untertitel des Energieberaterforums. Moderiert von Prof. Dipl.-Ing. Arch. Armin D. Rogall, zoomten sich die Referenten aus dem globalen Blickwinkel eines Weltbeobachters (Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher) über die Normung (Prof. Dr.-Ing. Bert Oschatz, Prof. Dr.-Ing. Rainer Hirschberg, Prof. Dr.-Ing. Joaquín Díaz) die Chancen für Gebäudeeigentümer und -nutzer (Michael Harjes) bis in die „politischen Niederungen“ (MdB Bärbel Höhn).

Balance oder Zerstörung?

Die globale Situation ist kritisch gekennzeichnet durch eine hohe Überbevölkerung, zu weitgehende Ressourcennutzung und Umweltverschmutzung sowie zu hohe Beschleunigung aller

Innovationsprozesse. Radermacher diskutierte in seinem fesselnden Vortrag bestehende Schwierigkeiten und Entwicklungslinien und einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag mit dem Ziel einer ökosozialen Marktwirtschaft. Sein mahrender Appell: Es ist schon fast zu spät, um die Probleme noch zu bewältigen. Zwar ist für eine nachhaltige Gesamtlösung ein umfassender globaler Ansatz erforderlich, Energieberater können und müssen zu diesem aber mit wichtigen Elementen beitragen: Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energien einsetzen, Energie einsparen.

DIN V 18 599 wird überarbeitet

Wenngleich das allgemeine Interesse an DIN V 18 599 zur energetischen Gebäudebewertung enorm hoch ist, angewendet haben sie bisher nur sehr wenige. Eigentlich als „Bleistiftnorm“ in Auftrag gegeben, ist ihre Benutzung „zu Fuß“ kaum möglich und ohne Profisoftware und Routine ein teures Unterfangen. Im Schnitt haben die Teilnehmer am dena-Feldversuch für Nichtwohngebäude einschließlich der Datenerfassung etwa 150 Ingenieurstunden benötigt, wie Oschatz berichtete. Erwartungsgemäß wurden über den Feldversuch auch etliche Fehler in der Norm entdeckt. Aktuell wird deswegen über eine komplette Neuausgabe diskutiert. Alternativ – aber weniger handlich – wäre ein Korrekturblatt Teil 100.

Auf Fehlersuche waren auch die Softwareentwickler, die naturgemäß mit als erste Probleme in komplexen Regelwerken bei der programmtechnischen Umsetzung entdecken. Zwar steht schon seit einiger Zeit eine Excel-Version des Fraunhofer Instituts für Bauphysik kostenlos zur Verfügung, zur täglichen Handhabung ist sie aber nach Expertenmeinung nicht geeignet, weil die logische Benutzerführung einer Profisoftware fehlt. Wie so etwas aussieht, hat Hottgenroth/ETU auf dem Forum mit der Vorstellung der ersten beta-Version zur DIN V 18 599 (Energieberater Plus) gezeigt. Dadurch entspannt sich auch einiges an Kritik am Umfang der Vornorm: Denn der Programmanwender merkt von der Detaillierung der Berechnung und neuen Iterationsschleifen gar nichts. So ist z. B. bei Wohngebäuden der Erfassungsaufwand vor Ort oder aus Planunterlagen identisch zu den bisherigen öffentlich-rechtlichen Verfahren. Das Berechnungsergebnis kommt der Realität aber gegenüber der bisherigen 4108/4701-Methodik näher.

Neben der Fehlerkorrektur in der Vornorm wird aber als Erkenntnis aus dem Feldversuch auch über Vereinfachungen für die praktische Anwendung bei der Zonierung und Datenerfassung nachgedacht. Geplante weitere Änderungen betreffen nicht abgebildete Techniken wie Bauteilaktivierung, bestimmte Kälteerzeuger und PV-Anlagen ohne Netzeinspeisung. Detailverbesserungen seien im Bereich Heizungsanlagen für den instationären Betrieb und den Hydraulischen Abgleich vorgese-

¹⁾ Der Hammelsprung wird im Deutschen Bundestag benutzt, wenn sich der Sitzungsvorstand nach Abstimmung und Gegenprobe über das Ergebnis nicht einig ist. Dazu verlassen die Abgeordneten den Saal und betreten ihn durch Türen, die mit „Ja“, „Nein“ und „Stimmenthaltung“ gekennzeichnet sind.

hen, so Oschatz. Außerdem ist ein Teil 11 „Bedarfs-Verbrauchsabgleich“ in der Bearbeitung, weil zumindest im Wohnungsbau Bedarf und Verbrauch systematische Abweichungen aufweisen. Das ist problematisch, weil die Verwendung von Bedarfswerten ohne Kompensation zu unrealistischen Energieeinsparversprechen im Vorher-Nachher-Vergleich führen kann.

Hirschberg warnte allerdings davor, dass es nahezu unmöglich sei, diesen Abgleich so herzustellen, dass eine ursachengerechte Projektion möglich ist. Dass man bei den vielen Stellschrauben und Parametern genau die erwische, die auch primär verantwortlich sind, sei unrealistisch. Díaz wies darauf hin, dass grundsätzlich für die richtige Investitionsentscheidung eine gesamtwirtschaftliche Lebenszyklusbetrachtung erforderlich ist. Die Energieeinsparverordnung allein biete dafür keinen ausreichenden Ansatz. Voraussetzung für geringe Gesamtkosten seien zudem integrierte Softwarelösungen und die integrale Planung zum frühen Zeitpunkt jeder Planung bzw. Änderungsplanung.

Viel Potenzial für Berater

Potenziale zum Energieeinsparen durch energetische Modernisierung sind jedenfalls im großen Stil wirtschaftlich zu erreichen. Hirschberg zitierte eine eigene Untersuchung für Nichtwohngebäude in Deutschland, die 123 TWh/a Primärenergieeinsparung bzw. 4 Mrd. Euro/a Energiekosteneinsparung bei Investitionskosten von rund 20 Mrd. Euro ausweist. Das ist weniger als der Devisenmehraufwand für Energieimporte zwischen 1995 und 2005 im direkten Jahresvergleich. Kumuliert wurde seitdem ein Vielfaches für Energie ins Ausland abgeführt.

„Können wir uns Geiz (ist geil) eigentlich noch leisten?“, fragte Harjes in seinem Referat in Anlehnung an einen schon zum Volkssport ausgearteten Werbeslogan. Seine klare Antwort lautet: Nein. Denn die steigenden Energiepreise zwingen



Michael Harjes: „Wir müssen nicht auf die Politik warten. Wer aktiv wird, kann schon jetzt Aufträge schreiben.“

zum sofortigen Handeln. Anderenfalls sei es absehbar, dass immer mehr Bürger ihre Nebenkosten nicht mehr bezahlen können. Beispielsweise müssen sich Mieter einer Öl-beheizten 130-m²-Wohnung laut Deutscher Mieterbund auf eine durchschnittliche Nachzahlung von 433 Euro gefasst machen. Bei Steigerungsraten im gleichen Tempo ist eine Wohnung mit hohem Verbrauch in wenigen Jahren nicht mehr zu bezahlen.

Aber er munterte seine Kollegen und angehenden Kollegen auch auf, selbst aktiv zu werden. Die momentane Situation hoher Energiepreise biete beste Voraussetzungen dafür, dass sich Marketing für bedarfsbasierte Energieausweise und Energieberatung auch in Heller und Pfennig für die „Aktivisten“ auszahlt. Auf dem Treffen der Referenten am Vorabend zum Energieberaterforum berichtete Harjes diesbezüglich von einem Schlüsselerlebnis. Vor kurzem habe in seinem Geschäft ein Endkunde nach einer Vermieterliste gefragt, die schon einen Energieausweis vorlegen können.

Weitere Betätigungsfelder für Energieberater sieht Harjes bei der Qualitätssicherung von Neu-

bauten und Modernisierungen. Eigentümer, Bau-träger, Ausführende und Banken müssten eigentlich ein vitales Interesse daran haben, dass qualitativ hochwertig gebaut wird. Die Kosten für einen Blower-Door-Test stehen beispielsweise in keinem Verhältnis zu den Sanierungskosten, die erforderlich sind, wenn Baumängel erst nach Abschluss aller Arbeiten während der Nutzung auf-fallen. Und aus seiner Tätigkeit als Gutachter stünden zwei Tatsachen fest: Die meisten Mängel wären erkennbar und damit vermeidbar gewesen und viele Mangelbeseitigungen treiben die Beteiligten in den wirtschaftlichen Ruin.

Was muss die Politik tun?

Die EnEV schnell auf den richtigen Weg bringen und anschließend für eine Anwendung sorgen, da waren sich alle Referenten sicher. Wurde bisher der Streit um „Bedarf und/oder Verbrauch“ als nationale Angelegenheit betrachtet, könnte auf den letzten Metern der Blick zu den 25 europäischen Nachbarn hilfreich sein. Höhn berichtete: Zehn Mitgliedstaaten favorisieren momentan Bedarfsausweise, zwei Verbrauchsausweise und in 13 wird über Mischlösungen gesprochen. Interessant ist der Kurswechsel von Dänemark, wo auf Basis einer nationalen Regelung schon seit einem Jahrzehnt Erfahrungen mit obligatorischen Energieausweisen vorliegen: 1996 hatte man zunächst verbrauchsbasierte Energieausweise vorgeschrieben, jetzt werden in Dänemark wegen „enormen Abweichungen“ Bedarfsausweise Pflicht.

Um den Einsatz erneuerbarer Energien zu forcieren, ist außerdem die zügige Umsetzung eines regenerativen Wärmegesetzes als Ergänzung bzw. teilweise als Ersatz der bisherigen Förderinstrumente erforderlich, so Höhn.

Neue Impulse hat der „Energieberater-Bundestag“ jede Menge gebracht. Eine Nachfolgeveranstaltung im nächsten Jahr wurde bereits angekündigt. Themen gibt es genug. ■ Jochen Vorländer



Großes Interesse gab es in den „Sitzungspausen“ bei den Vorführungen der beta-Version vom Energieberater Plus mit DIN V 18599.